

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 7. Juni 2010

Nr. 12/10

INNENPOLITIK

Gleichstellung: Gesetz zur Einkommenstransparenz ab 2011
Frauenbericht 2010
Arbeitsmarkt stabilisiert sich langsam
Burgenland-Wahl 2010: SPÖ bleibt stärkste Kraft

EUROPA INTERNATIONAL

Gaza-Flotte/Israel: Österreichs Staats- und Regierungsspitze bestürzt
Vizekanzler Pröll in Israel
Sloweniens Staatspräsident Türk bei Bundespräsident Fischer
Außenminister Spindelegger bei EU-Westbalkan-Konferenz in Sarajewo

WIRTSCHAFT

Kanzler Faymann: „Unterregulierung hat Wirtschaftskrise ausgelöst“
OECD hebt BIP-Prognose für Österreich
Wintertourismus: Zahl der Gäste hat zugenommen

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Digitales Österreich Explorer: Weltweit einzigartiges E-Government Projekt
Staatspreise für Architektur und Nachhaltigkeit vergeben
Nationalbibliothek: Symbolische Übergabe und Rückkauf von NS-Raubgut
Ministerin Karl ehrt Martin Haselböck und 25 Jahre Wiener Akademie
Linz: Schau von Alfred Kubin, Margret Bilger, Emmy Haesele, Clara Siewert
Jüdisches Museum Wien: Ernst Toch

SPORTPOLITIK

Österreich ist federführend im Bereich der Entwicklungspolitik im Sport
Jürgen Melzer im Pariser Semifinale – Sportminister Darabos begeistert
Sommergespräch „frauen.netz.werken“

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK

Gleichstellung: Gesetz zur Einkommenstransparenz ab 2011

Künftig sollen Unternehmen die durchschnittlichen Gehälter und Löhne von Frauen und Männern in einem jährlichen Einkommensbericht offenlegen. Eine entsprechende Einigung mit Sozialpartnern und Industriellenvereinigung haben Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Sozialminister Rudolf Hundstorfer am 2. Juni bekanntgegeben. Heinisch-Hosek sprach von einem „wichtigen Schritt in Richtung Gleichstellung“.

Der Entwurf zur gesetzlichen Verankerung der Einkommenstransparenz (im Gleichbehandlungsgesetz) geht in Kürze in Begutachtung. Im Herbst soll das Gesetz vom Plenum des Nationalrats beschlossen werden und per 1. Jänner 2011 in Kraft treten. Vorbild sei das schwedische Modell, erklärte die Frauenministerin. In Schweden würden die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede 6 % betragen, in Österreich bis zu 18 %.

Ab 2011 soll die Regelung zunächst nur für Großunternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (rund 200 Betriebe) gelten, ab 2012 für Firmen mit über 500 Mitarbeitern (etwa 600 Betriebe), ab 2013 für Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern (1.500 Betriebe) und ab 2014 für Unternehmen mit über 150 Mitarbeitern (2.800 Betriebe oder 41 % aller ArbeitnehmerInnen).

In den Einkommensberichten sollen die Durchschnittsgehälter der Frauen und Männer in den unterschiedlichen Verwendungsgruppen verglichen werden – arbeitszeitbereinigt (hochgerechnet auf Vollzeit) und anonym. Der Bericht wird dem Betriebsrat vorgelegt.

Frauenbericht 2010

In den letzten Jahren hat sich die Situation der Frauen in Österreich zwar in einigen Bereichen verbessert, von einer Gleichstellung mit Männern kann aber nach wie vor keine Rede sein. Das geht aus dem am 28. Mai präsentierten Frauenbericht 2010 hervor. Demnach haben Frauen die Männer in der Bildung teilweise überholt und mehr Frauen denn je sind berufstätig. Gleichzeitig haben sich jedoch die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern vergrößert.

Laut Frauenbericht 2010 verfügen mittlerweile 13,8 % der Frauen über einen Hochschulabschluss, bei den Männern sind es 12,8 %. Der Frauenanteil unter Maturanten beträgt 60 %. Rund sieben von zehn Frauen (68,6 %) sind berufstätig, 1991 waren es erst 62,7 %. Mehr

als verdoppelt hat sich allerdings die Teilzeitquote: Sie betrug 2008 rund 41,5 % (bei Männern 8,1 %). Gründe für Teilzeitbeschäftigung sind vor allem Betreuungspflichten. Rund zwei Drittel der unbezahlten Arbeit (Kinderbetreuung, Haushalt) werden von Frauen erledigt.

Benachteiligt sind Frauen auch bei der bezahlten Arbeit. Daten aus dem Jahr 2007 zufolge verdienen Frauen gemessen am Bruttojahreseinkommen der Männer nur rund 58,4 %, teilzeitbereinigt (nur ganzjährige Vollzeitarbeit wird verglichen) bekommen sie um etwa ein Viertel weniger als Männer. Bis zu 18 % verdienen Frauen weniger, nur weil sie Frauen sind. Die Hälfte der Frauen verdient unter 1.740 Euro brutto (Männer: 2.232 Euro brutto). Der Anteil von Frauen in Führungsetagen der Wirtschaft liegt weiterhin unter 10 %.

Arbeitsmarkt stabilisiert sich langsam

Im Mai waren in Österreich zwar mehr Menschen ohne Arbeit als im Mai 2009, der Anstieg hat sich jedoch deutlich verlangsamt. Laut Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz vom 1. Juni waren 227.089 Menschen als arbeitslos registriert – um 22.590 weniger als im April, aber auch um 12.688 (5,3 %) weniger als vor einem Jahr. In Schulungen befanden sich 78.178 Personen (+13.981). Damit hat sich die tatsächliche Arbeitslosigkeit im Jahresabstand um 0,4 % erhöht.

Die Arbeitslosenquote ist nach nationaler Berechnung von 6,9 % im April auf 6,3% im Mai gesunken, nach Eurostat lag sie im April bei 4,9 % und damit am zweitniedrigsten in der EU nach den Niederlanden (4,1 %; EU-Durchschnitt: 9,7 %, Eurozone: 10,1 %). Die Jugendarbeitslosigkeit sank um 10,7 %.

Burgenland-Wahl 2010: SPÖ bleibt stärkste Kraft

Bei der Landtagswahl im Burgenland am 30. Mai hat die SPÖ laut amtlichem Endergebnis 48,3 % (-3,9 %) der gültigen Stimmen erzielt. Damit behält die Partei von Landeshauptmann Hans Niessl die Mehrheit sowohl im Landtag als auch in der Landesregierung. Die ÖVP erhielt 34,6 % (-1,8), die FPÖ 9,0 % (+3,2), die Grünen 4,2 % (-1,1) die LBL (Liste Burgenland) 4,0 % (+4,0).

Mandatsverteilung im Landtag: SPÖ 18 (-1), ÖVP 13 (+/-0), FPÖ 3 (+1), Grüne 1 (-1), LBL 1 (+1). In der Landesregierung bleibt alles beim Alten: 4 Sitze für die SPÖ, 3 Sitze für die ÖVP. Die konstituierende Landtagsitzung ist am 24. Juni.

EUROPA INTERNATIONAL**Gaza-Flotte/Israel: Österreichs Staats- und Regierungsspitze bestürzt**

Mit Bestürzung hat die österreichische Bundesregierung auf die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten reagiert. Angesichts der blutigen Eskalation könne man nicht dazu schweigen, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Ministerrat am 1. Juni. Österreich spreche sich vehement für eine unabhängige und lückenlose Aufklärung der Vorgänge bei der gewaltsamen Kaperung der „Solidaritätsflotte“ für Gaza durch Israel aus. Erst danach könne man eine abschließende Bewertung vornehmen. Unabhängig davon sei jedoch jede Art des Blutvergießens und der Eskalation zu verurteilen, betonte der Bundeskanzler.

Faymann sprach den Angehörigen der Opfer sein Mitgefühl aus. Nach der gewaltsamen Erstürmung von Booten durch die israelische Armee vor der Küste des Gaza-Streifens sei die Lage in der Region äußerst ernst. Allen Konfliktparteien müsse nun daran gelegen sein, die Situation wieder zu deeskalieren, mahnte Faymann die Fortsetzung des Friedensprozesses ein. Österreich setze sich auch als Mitglied des UNO-Sicherheitsrates aktiv für ein Ende der Gewalt ein.

Schockiert über die gewaltsame Erstürmung der Gaza-Flotte mit Toten und Verletzten zeigte sich auch Bundespräsident Heinz Fischer. Die jüngste Aktion der israelischen Sicherheitskräfte habe den Friedensbemühungen im Nahen Osten zweifellos Schaden zugefügt. Der Vorfall belege einmal mehr die Dringlichkeit einer umfassenden Lösung für die offenen Probleme in der Region, so Fischer. Vor allem gebe die Lage im Gaza-Streifen durch die von Israel gesetzten rigorosen Absperrungsmaßnahmen Anlass zu großer Sorge, sagte der Bundespräsident. Auch Fischer fordert eine Untersuchung nach internationalen Standards. Tiefe Bestürzung äußerte auch Außenminister Michael Spindelegger und forderte eine rasche und lückenlose Aufklärung. Israel müsse die kontraproduktive Absperrungspolitik gegenüber dem Gaza-Streifen beenden, wie von UNO und EU bereits nachdrücklich und wiederholt gefordert, appellierte Spindelegger.

Vizekanzler Pröll in Israel

Die internationale Finanzkrise und die Sanktionen gegen den Iran standen im Zentrum der Gespräche, die Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll am 25. und 26. Mai im Zuge seiner Israel-Visite führte. Begleitet wurde er unter anderem vom Präsidenten der Israelitischen

Kultusgemeinde, Ariel Muzicant. In Jerusalem traf Pröll neben anderen mit Präsident Shimon Peres und seinem israelischen Amtskollegen Yuval Steinitz zusammen. Am Grab von Theodor Herzl („Vater des Zionismus“) und in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem legte er Kränze nieder. Vor allem hier zeigte sich Pröll „tief beeindruckt“. Aufgabe aller nachfolgenden Generationen sei es, der Opfer des Holocaust stets zu gedenken und „alles zu tun“, um derartige Verbrechen für die Zukunft zu verhindern, mahnte Pröll.

Mit Steinitz kam Pröll überein, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Israel und Österreich insbesondere in den Bereichen High Tech und „grüne Technologien“ zu stärken.

Sloweniens Staatspräsident Türk bei Bundespräsident Fischer

Bei einem privaten Abendessen am 2. Juni in Wien haben Bundespräsident Heinz Fischer und sein slowenischer Amtskollege Danilo Türk unter anderem die Aufstellung zusätzlicher zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten und weitere Minderheitenfragen erörtert. Diese seien „lebenswichtige Teile unseres bilateralen Verhältnisses“, erklärte Türk. Zur Vereinbarung Sloweniens mit Kroatien, ein internationales Schiedsgericht einzusetzen, um die strittige Grenzfrage in der Bucht von Piran zu klären, unterstrich Türk, diese Vereinbarung zu befürworten. In einem Referendum am 6. Juni hat die slowenische Bevölkerung mehrheitlich für die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts votiert.

Außenminister Spindelegger bei EU-Westbalkan-Konferenz in Sarajewo

„Das Wichtigste war, dass der serbische und der kosovarische Außenminister an einem Tisch gesessen sind“, resümierte Außenminister Michael Spindelegger nach dem EU-Westbalkan-Treffen am 2. Juni in Sarajewo. Die Europäische Union bekräftigte dort die Erweiterungsperspektive für die Länder der Region (Kroatien, Bosnien, Serbien, Montenegro, Kosovo, Mazedonien, Albanien). Dabei waren auch Vertreter Russlands, der Türkei und Griechenlands sowie EU-Chefdiplomatin Catherine Ashton.

Im Gespräch mit der APA forderte Spindelegger ein Ende der „Balkanmüdigkeit“. Er schlug bei der Konferenz vor, Roadmaps mit konkreten Zeitplänen und Zielen zu erarbeiten. „Das motiviert die Länder, ihre Reformen fortzusetzen“, so Spindelegger.

WIRTSCHAFT**Kanzler Faymann: „Unterregulierung hat Wirtschaftskrise ausgelöst“**

Angesprochen auf Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung in Österreich hat Bundeskanzler Werner Faymann in einem Interview mit dem Wochenmagazin „Format“ (3. Juni) auf seinen Vorschlag einer Bankenabgabe verwiesen, welcher der Koalitionspartner zugestimmt habe. Auch punkto Finanztransaktionssteuer herrsche prinzipiell Übereinstimmung. Gebe es dafür keine europäische Lösung, sollte als erster Schritt in Österreich eine nationale Börsenumsatzsteuer ab 2011 eingeführt werden, fordert Faymann.

Orientieren sollte sich eine Bankensteuer an der Bilanzsumme der Banken. Auch der IWF (Internationaler Währungsfonds) und andere Staaten wüssten, dass dies der „einzig machbare und sinnvolle Weg“ sei, argumentiert der Bundeskanzler. Welche Posten von der Berechnungsgrundlage abgezogen werden könnten, etwa Eigenkapital oder Spareinlagen, müsse noch im Detail verhandelt werden.

Reformbedarf bei der Banken- bzw. Finanzmarktaufsicht sieht Faymann allemal. Das hätte sich in mehreren Fällen gezeigt. Mehr Kontrollrechte bei Nationalbank (OeNB) und Finanzmarktaufsicht (FMA) wären sinnvoll. Aber auch bei der Aufsicht über ganze Bundesländer bestünde Handlungsbedarf.

Im Gegensatz zu Befürchtungen der Banken, wonach Überregulierung die Realwirtschaftbremse, ist der Bundeskanzler davon überzeugt, dass die größte Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren durch eine Unterregulierung der Finanzmärkte ausgelöst worden sei. Dieses Faktum sei unbestritten und daraus müssten die richtigen Lehren gezogen werden, so Faymann. In die Pflicht müssten die Spekulanten genommen werden.

Zur Kritik, wonach Banken die Reformen mittels schlechterer Konditionen an die Kunden weitergeben würden, verweist Faymann auf die gegenteilige Einschätzung der OeNB. Für ihn stehe zudem fest, dass mit einer Bankenabgabe auch der Konsumentenschutz verstärkt werden müsse. „Wir müssen Licht in den Gebührenschlund bringen, so wie in Schweden, wo es schon eine Bankenabgabe gibt“, sagte der Bundeskanzler in einem „Format“-Interview.

Bei der 38. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB (31. Mai) hatte Faymann eine „neue ökonomische und soziale Europäische Union“ gefordert. Ebenso notwendig seien bessere Koordination und raschere Reaktion im Krisenfall, wofür gesunde Budgets und stabile Finan-

zen die entscheidende Voraussetzung seien, betonte der Bundeskanzler. Europa brauche gemeinsame Initiativen und effizientere Koordinierung der sozialen Wachstumsstrategien, eine neue Balance zwischen den Menschen und den Märkten, explizierte Faymann.

OECD hebt BIP-Prognose für Österreich

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ihre Prognose für das österreichische BIP-Wachstum für 2010/2011 von 0,9 % auf 1,4 % bzw. um 0,1 Prozentpunkte auf 2,3 % nach oben revidiert. Damit sieht Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner Österreichs Wirtschaftspolitik bestätigt und den Erfolg der Konjunkturpakete unterstrichen. Diese würden heuer voll wirksam und würden den Strukturwandel unterstützen, betonte Mitterlehner anlässlich der am 26. Mai präsentierten OECD-Konjunkturprognose bis 2011.

Österreich sei gut aufgestellt, „um ein echtes, sich tragendes Wachstum zu schaffen“. Vor allem der wieder angekurbelte Export soll aus Sicht Mitterlehners den Wachstumsvorsprung gegenüber den anderen Euro-Ländern sichern. Da der Inlandskonsum eine Stütze der österreichischen Konjunktur sei, solle die nötige Budgetsanierung „im Rahmen eines ausgewogenen Pakets“ mit „intelligenten“ Sparmaßnahmen erfolgen, fordert Mitterlehner.

Wintertourismus: Zahl der Gäste hat zugenommen

Mit 62,6 Mio. Übernachtungen (minus 0,4 %) wies die Wintersaison 2009/2010 trotz Wirtschaftskrise das drittbeste Ergebnis in der Geschichte des österreichischen Wintertourismus (November bis April) auf. Das besagen die am 26. Mai vorgestellten jüngsten Daten der Statistik Austria. Bei den Ankünften (Zahl der Gäste) gab es mit 15,37 Mio. (plus 1,6 %) sogar einen neuen Rekord.

Zu danken ist dies dem Urlaubsverhalten der Österreicherinnen und Österreicher: Sie buchten um 2,1 % mehr Übernachtungen (14,8 Mio.) – mehr als je zuvor, während bei Ausländern die Übernachtungen um 1,1 % auf 47,8 Mio. zurückgingen. Die Zahl der Nächtigungen von Urlaubern aus Osteuropa (CEE) sank um 0,9 % auf 6,1 Mio.

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner sieht sich durch den steigenden Trend zum „Urlaub daheim“ darin bestätigt, für Tourismuswerbung im Inland extra Mittel frei zu machen.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Digitales Österreich Explorer: Weltweit einzigartiges E-Government Projekt

Ob es sich um Sicherheitsinformationen, eine Rechtsauskunft oder den Lohnsteuerausgleich handelt: Mit dem ersten E-Government Browser Österreichs ist das virtuelle Amt nur einen Mausklick entfernt.

Nach einer aktuellen Marketagent.com Umfrage wollen die Österreicherinnen und Österreicher bei der Wahl ihres Webbrowsers vor allem Sicherheit (66,9 %), Geschwindigkeit (61,2 %), optimalen Schutz der Privatsphäre (59,6 %) und hohe Funktionalität (59 %). Genau das möchte der Digitale Österreich Explorer rund um alle heimischen E-Government-Themen bieten.

Die Initiative von Digitales Österreich mit Unterstützung von Microsoft Österreich erleichtert den übersichtlichen, raschen und sicheren Zugang zu E-Government Anwendungen. (www.digitales.oesterreich.gv.at/explorer, den kostenlosen Webbrowser herunterladen und damit Österreichs virtuelle Ämter nutzen).

„Österreich ist seit Jahren führend in Europa, wenn es um E-Government geht. Um dessen Beliebtheit in der Bevölkerung weiter zu steigern, braucht es einfache und leicht verständliche Zugänge. Der Digitale Österreich Explorer bietet genau das: Ein Klick und es stehen alle heimischen E-Government Services zur Verfügung – einfach zusammengestellt und gut übersichtlich strukturiert, inklusive einem integrierten Suchfeld und einem Feld für Neuigkeiten. Einfacher und unkomplizierter waren die virtuellen Ämter noch nie“, erläutert Manfred Matzka, Präsidialchef im Bundeskanzleramt.

Der Digitale Österreich Explorer vereint die Vorteile bewährter E-Government-Portale für Unternehmen (USP.gv.at) und Bürger (HELP.gv.at) sowie Online-Amtswege mit der Bürgerkarte, mit der bewährten Sicherheit des meist genutzten Browsers – er basiert auf dem Internet Explorer 8.

Über 1.000 Formulare stehen zum Download zur Verfügung, mehr als 350 Verfahren können direkt online abgewickelt werden. Wichtige E-Government-Anwendungen und – Applikationen wie z. B. FinanzOnline, das Firmenbuch, der Strafregisterauszug oder die Meldebestätigung sind auf einen Klick erreichbar. Außerdem finden sich praktische Services der Partner des Webbrowsers wie etwa die Fahrplanauskunft der ÖBB, eine Ärzte- und Apothekensuche oder Sozialversicherungsleistungen.

Was Sicherheit und Datenschutz betreffen: Sie sind gerade für E-Government Anwendungen wichtig. Der Internet Explorer 8 steht heute an erster Stelle, wenn es um Daten- und System-sicherheit im Web und um den Schutz der Privatsphäre der Anwender geht. Er wurde erst vor kurzem von der TÜV TRUST IT GmbH auf technische Sicherheit geprüft. Auch der Digitale Österreich Explorer wurde begutachtet und verfügt über eine Zertifizierung nach der ÖNORM A7700 – für sicherheitstechnische Anforderungen an Webapplikationen. Dieser international anerkannte Standard belegt erstmals messbar das vorhandene Sicherheitsniveau von Webapplikationen.

Der Digitale Österreich Explorer soll in den kommenden Monaten durch ausgewählte Marketingmaßnahmen einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Das Angebot des Webbrowsers wird laufend erweitert und kontinuierlich den Anforderungen einer modernen Verwaltung angepasst. Die Partnerschaft an der Initiative Digitales Österreich Explorer ist kostenlos. Der Download des Browsers erfolgt über die jeweiligen Partnerseiten. Teilnehmen können alle Partner von Digitales Österreich, das 2005 als übergreifende Plattform der Bundesregierung zur Koordination einer einheitlichen E-Government-Strategie von Bund, Ländern, Städten, Gemeinden und der Wirtschaft gegründet wurde.

Dieses österreichische Modell wurde in Europa beispielgebend, ist seit 2006 an der EU-Spitze und erreichte 2009, bereits zum dritten Mal in Folge, Platz 1 im EU-Ranking und 100 Prozent beim Indikator „Full online availability“ (Siehe auch: www.digitales.oesterreich.gv.at).

Die Microsoft Österreich GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Microsoft Corporation/Redmond, U. S. A., des weltweit führenden Herstellers von Standardsoftware. Seit 1991 ist Microsoft mit einer eigenen Niederlassung in Wien vertreten, seit 2006 verfügt das Unternehmen zudem mit Vexcel Imaging über eine F&E-Niederlassung in Graz. An beiden Standorten beschäftigt Microsoft insgesamt rund 330 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Microsoft Österreich kooperiert in Sachen Software mit mehr als 5.000 heimischen Partnerunternehmen. www.microsoft.com

Staatspreise für Architektur und Nachhaltigkeit vergeben

Das Gemeindezentrum St. Gerold (Vorarlberg), die Passivwohnanlage Samer Mösl in Langwied (Salzburg), die Elementfertigungsanlage Obermayr in Schwanenstadt (Oberösterreich) und die Passivhaus-Volksschule

Mauth in Wels (Oberösterreich) sind die diesjährigen Gewinner des Staatspreises für Architektur und Nachhaltigkeit. Die Auszeichnungen wurden am 27. Mai im Rahmen einer Gala in Wien vergeben.

„Nachhaltig Bauen ist ein wesentlicher Schritt in Richtung Energieautarkie“, meinte Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich bei der Verleihung. „Österreich zeigt mit den Siegerprojekten einmal mehr, wohin es in Zukunft gehen wird: Die großartigen Beispiele im Wettbewerb (93 Projekte wurden eingereicht, Anm. d. Red.) machen deutlich, dass das Thema an Attraktivität gewinnt und Bauschaffende zunehmend anregt, neue Standards zu setzen“, so der Minister. Die Siegerprojekte bewiesen, dass sich die Begriffe Architektur und Nachhaltigkeit „gegenseitig befruchten und Nachhaltigkeit im Bereich Kunst und Kultur Eingang erhält“, erklärte Jury-Vorsitzender Roland Gnaiger, Architekturprofessor an der Kunstuniversität Linz.

Das Gemeindezentrum St. Gerold sei ein konsequentes Beispiel für Architektur gewordene Nachhaltigkeit, hieß es in der Begründung.

Architekt Andreas Cukrowicz emotional: „Uns ist wichtig, dass ein Gebäude gut riecht und dass man es mag“.

Die Passivwohnanlage Samer Mösl beeindruckte die Jury „mit vielfältigen Qualitätsmerkmalen, insbesondere soziale Leistung des Gebäudes und Wirtschaftlichkeit“. Die Bewohner, darunter viele Menschen mit Migrationshintergrund, seien vorbildlich einbezogen worden. Frau Margarethe Schörghofer, seit dreieinhalb Jahren in der Anlage lebend: „Es ist hell, man muss nicht heizen und es ist immer gute Luft herinnen“.

Die 3.500 Quadratmeter große Elementfertigungshalle der Firma Obermayr Holzkonstruktionen sei ansprechend, energieeffizient und schaffe einen neuen Standard in der Industriebranche. Die Halle könne durch ihre Bauweise und Dämmung – es wurden Hobelspäne, ein Abfallprodukt der eigenen Produktion verwendet – auf eine Heizung verzichten, sie sei auch „komplett ökologisch abbaubar, sollte sie eines Tages keine Verwendung mehr haben“, so Markus Fischer von F2 Architekten.

In der Passivhaus-Volksschule Mauth wurde für die Jury „soziale, ökologische und pädagogische Verantwortung auf höchster Ebene umgesetzt“. Das Konzept der „Bewegten Schule“, bei dem von vornherein an den Bewegungsdrang der Kinder gedacht wurde, sei Teil des Architekturwettbewerbes gewesen, sagte Karl Pany, Baudirektor der Stadt Wels. Es sei einzigartig, dass zuerst ein pädagogisches Kon-

zept vorliege und das Schulgebäude danach geplant werde, so Bezirksschulinspektorin Barbara Pitzer.

Ein Sonderpreis in der Kategorie „Export“ ging an das Forschungs- und Dienstleistungsgebäude HIT der ETH in Zürich. Es sei ein Beispiel für den Export von Know-how aus Österreich ins nahe Ausland und zeige, wie nachhaltige Architektur den Energiebedarf eines Gebäudes massiv reduzieren könne, hieß es. www.staatspreis.klimaaktiv.at

Nationalbibliothek: Symbolische Übergabe und Rückkauf von NS-Raubgut

Die Restitution geraubter Bücher und Druckschriften aus der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB) geht in eine abschließende Phase: Am 1. Juni übergab Generaldirektorin Johanna Rachinger im Rahmen einer Gedenkfeier, an der auch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer teilnahm, 8.363 in der NS-Zeit geraubte Bücher an den österreichischen Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus. Bereits in den vergangenen Jahren waren die Rückgaben an die Erben namentlich bekannter Vorbesitzer beinahe abgeschlossen. Nun wurde auch das Raubgut, bei dem keine Erben mehr namhaft gemacht werden konnten, restituiert – und unmittelbar zurückgekauft.

Prammer versprach bei dieser Gelegenheit die Erforschung aller in der Parlamentsbibliothek lagernden Bücher auf ihre Herkunft. Sie betonte auch, dass österreichische Museen, die geraubte Kunstwerke „bis ins 21. Jahrhundert“ ausgestellt hätten, von den NS-Raubzügen profitierten.

„Es ist traurig und beschämend, dass eine so lange Zeit vergehen musste - 65 Jahre - bis die letzten Reste der NS-Raubzüge in der Österreichischen Nationalbibliothek bereinigt werden konnten“, sagte Rachinger. „Gleichzeitig aber bin ich erleichtert, dass damit endlich die unheilvolle Kette von aktiver Verstrickung und Mitschuld während der NS-Zeit und von bewussten Versäumnissen und Verzögerungen in der Nachkriegszeit zu einem Ende gelangt ist“. Eine Institution wie die ÖNB, ein Ort von nationalem Gedächtnis, dürfe dunkle Flecken in der eigenen Geschichte am wenigsten akzeptieren.

Bei dem Druckschriftenkonvolut handelt es sich ausschließlich um Objekte, die keinerlei Hinweise auf ihre ehemaligen Besitzer geben. Es sind überwiegend Bücher aus kleinen Privatbibliotheken emigrierter oder deportierter Wiener Juden, die ohne jedes Verzeichnis per LKW von der Gestapo in die damalige Nationalbibliothek geliefert wurden. Erst 2002 hatte

die ÖNB begonnen, sämtliche Erwerbungen während der NS-Zeit systematisch zu untersuchen. 35.217 Einzelobjekte konnten seither an ihre rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden. Der nun dem Nationalfonds übergebene und um 135.000 Euro rückgekaufte „erblose“ Bestand beinhaltet u. a. Kinderbücher und wissenschaftliche Standardwerke.

Ministerin Karl ehrt Martin Haselböck und 25 Jahre Wiener Akademie

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der „Wiener Akademie“ wurde dem Gründer und Chefdirigenten Martin Haselböck am 1. Juni das große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Nach einem Konzert des gefeierten Originalklang-Orchesters im Musikverein gratulierte auch US-Schauspieler John Malkovich, der als Jack Unterweger in Haselböcks durch Europa tourendem, strittigem Projekt „The Infernal Comedy“ auf der Bühne steht.

Die Auszeichnung überreichte Wissenschaftsministerin Beatrix Karl, die den Organisten und Professor an der Wiener Musikuniversität als „barocken Schöngest und Ausnahmeführer“ würdigte.

Mit der Wiener Akademie arbeitet Haselböck derzeit auch an einem großen Liszt-Projekt in Raiding (Burgenland), gestaltet seit 1991 einen Zyklus im Musikverein sowie regelmäßige Gastspiele bei internationalen Festivals, wirkt als Wiener Hoforganist und seit der Saison 2005/06 als Music Director des Barockorchesters Musica Angelica in Los Angeles sowie als Leiter des Opernfestivals Reinsberg.

Linz: Schau von Alfred Kubin, Margret Bilger, Emmy Haesele, Clara Siewert

Das Nordico Museum der Stadt Linz zeigt bis 28. August unter dem Titel „Berührungen Begegnungen“ eine einzigartige, faszinierende Ausstellung mit Zeichnungen Alfred Kubins und Werken der ihm seelenverwandten Margret Bilger, Emmy Haesele und Clara Siewert. Trotz ähnlicher rollenspezifischer Sujets, Naturdarstellungen, Vergänglichkeits- und Todesthemen sind die Arbeiten der drei, weniger bekannten Künstlerinnen Aufsehen erregend und stehen in ihrer Originalität und Qualität den Werken Alfred Kubins nicht nach. Er war spätestens seit der Herausgabe der „Weber-Mappe“ (1903) und seines in viele Sprachen übersetzten Romans „Die andere Seite“ (1909) ein renommierter Künstler. Seit 1906 lebte er mit seiner Frau Hedwig zurückgezogen in einem kleinen Refugium in Zwickledt bei Wernstein am Inn. Mit Hermann Hesse, Tho-

mas Mann, Franz Kafka, mit Freunden und Künstlerkolleginnen, wie Emmy Haesele und Margret Bilger, stand er in regem Briefkontakt, um – wie er schrieb – den „Anschluss an die Welt“ aufrecht zu erhalten.

Mit der Grafikerin Emmy Haesele entwickelte sich Anfang der 1930er Jahre, ausgehend von wechselseitiger künstlerischer Inspiration, eine über Jahre andauernde, leidenschaftliche Beziehung. Über diese veröffentlichte die Kunsthistorikerin Brita Steinwendtner 2009 den hervorragenden Roman: „Du Engel, du Teufel. Emmy Haesele und Alfred Kubin – eine Liebesgeschichte“.

Die Ausstellung wird ergänzt durch wertvolle Briefe, mit Widmungszeichnungen Kubins versehene Bücher, Foto- und Tondokumente sowie einem spannenden Begleitprogramm. www.nordico.at

Jüdisches Museum Wien: Ernst Toch

Das Jüdische Museum Wien zeigt von 23. Juni bis 31. Oktober die Ausstellung „Ernst Toch. Das Leben als geographische Fuge“.

1887 in der Wiener Leopoldstadt geboren, zählte Ernst Toch in den 1920er Jahren zu den meist gespielten Komponisten Deutschlands und galt neben Paul Hindemith als ein Hauptvertreter der musikalischen Neuen Sachlichkeit, dessen Werke bei keinem deutschen Avantgarde-Festival fehlen durften. Anlässlich des Berliner Musik-Festivals 1930 wurde er mit Kollegen Hindemith von der New York Times gefeiert, 1932 tourte er erfolgreich durch die USA. Tochs Sprechgesang „Die Fuge aus der Geographie“ faszinierte beim Berliner Festival auch den jungen US-Musiker John Cage, der einige Jahre später – Toch war inzwischen vor den Nazis in die USA geflohen – seine Übersetzung der „Fuge“ dirigierte. Trotz hoher musikalischer Reputation, war Tochs US-Exil beruflich und menschlich ein Desaster - obwohl er drei Oscar-Nominierungen und für seine Dritte Symphonie (von insgesamt sieben) den Pulitzer-Preis erhielt. Auch nach 1945 bekam Toch sein zerrissenes Leben nur schwer auf die Reihe.

Die Ausstellung bietet auch zahlreiche Klangbeispiele, die eine neue Sicht auf das wegweisende Werk eines der wichtigsten österreichischen Komponisten des 20. Jahrhunderts gewährt. Sensationell dürfte ein „Ernst Toch Konzert“ im ORF RadioKulturhaus werden, das einen Querschnitt durch sein Schaffen bietet – mit Mitgliedern des Ensembles „die reihe“, dem Bariton Mathias Hausmann und dem Wiener Motettenchor. www.jmw.at, <http://radiokulturhaus.orf.at/>.

SPORTPOLITIK**Österreich ist federführend im Bereich der Entwicklungspolitik im Sport**

Erstmals findet heuer eine Fußball-WM auf dem afrikanischen Kontinent statt.

Österreich wird beim großen Ballesterer-Konzert der Nationen in Südafrika zwar nicht am grünen Rasen vertreten sein, das heimische Sportministerium leistet aber dennoch als wichtiger internationaler Player auf anderer Ebene wertvolle Beiträge zur nachhaltigen Stärkung der Sportstrukturen in Afrika und der restlichen Dritten Welt.

Die ganze Sportwelt wird von 11. Juni bis 11. Juli auf den afrikanischen Kontinent blicken. Die Fußball-WM 2010 in Südafrika wird nach Hoffnung vieler Menschen ein großer Antriebsmotor für die Entwicklung des krisengeschüttelten Kontinents sein. Tausende Teleobjektive und hunderte Fernsehkameras werden in diesem Monat farbenfrohe, prächtige und wohl auch unvergessliche Bilder und Motive einfangen. Messi, Rooney, Cristiano Ronaldo und Co. werden durch ihre Ballkünste so manches Problem des schwarzen Kontinents für kurze Zeit vergessen machen. Und doch sollte dieser Mega-Event nicht die enormen infrastrukturellen und gesellschaftlichen Probleme überdecken, die in Afrika, aber auch in der restlichen Dritten Welt, für gewöhnlich den Lebensalltag dominieren.

Schon seit Jahren ist Österreich daher federführend an der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklungspolitik tätig. Das Thema „Sport und Entwicklungspolitik“ wurde anlässlich des Internationalen Jahres des Sports und der Sporterziehung der UNO 2005 forciert und ist seitdem Gegenstand umfassender politischer, humanitärer und finanzieller Bemühungen. „Sport und Entwicklungspolitik“ bildete auch ein Schwerpunktthema der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006. Österreich ist zudem Gründungsmitglied der Internationalen Arbeitsgruppe Sport für Entwicklung und Frieden. Die Arbeitsgruppe umfasst Regierungen, UN-Agenturen, Athleten und internationale NGOs.

Auf Initiative Österreichs wurde der Themenbereich „Die Förderung des Einsatzes von Sport als Instrument der Entwicklungspolitik der EU“ in das Weißbuch der EU-Kommission aufgenommen. Die Republik stellt jährlich 120.000 € an Fördermitteln für die Umsetzung der verschiedensten Sport- und Entwicklungsprojekte zur Verfügung.

Als Projekte werden insbesondere Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung von Metho-

den und Maßnahmen zur Konfliktprävention, Traumabewältigung und zur Friedenssicherung (Peacebuilding) in Krisengebieten für eine nachhaltige Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit unterstützt. Als Projektträger fungieren ausschließlich erfahrene internationale Organisationen, die auch Nachhaltigkeit und Kontinuität nach Ende des Förderzeitraums sicherstellen können.

Seit 2008 ist das Sportministerium übrigens in enger Zusammenarbeit mit seinen Projektpartnern beim „Tag des Sports“ am Wiener Heldenplatz mit einer eigenen Pagode zum Thema „Sport und Entwicklungszusammenarbeit“ vertreten. Wer sich genauer über die Details informieren möchte, ist herzlich zur zehnten Ausgabe des „Tags des Sports“ am 25. September am Wiener Heldenplatz eingeladen.

Jürgen Melzer im Pariser Semifinale – Sportminister Darabos begeistert

Begeistert zeigte sich Sportminister Norbert Darabos vom hervorragenden Kampfgeist von Tennis-As Jürgen Melzer bei den French Open, wo ihm der Einzug ins Halbfinale gelang. Er bezwang in fünf Sätzen den serbischen Weltranglistendritten Novak Djoković, der schon zwei zu null Sätze geführt hatte. Erst Rafael Nadal, der spätere Roland Garros-Sieger, konnte den entfesselt spielenden Österreicher stoppen. Darabos: „Jürgen Melzer ist der wohl größte Erfolg in seiner sportlichen Karriere gelungen. Mit Nervenstärke, Power-Tennis und einem sehr variantenreichen Spiel hat Österreichs Nummer Eins absolut verdient das Halbfinale erreicht, wo er auch gegen Rafael Nadal ausgezeichnete Figur machte. Die Auftritte Melzers haben die Begeisterung für den Tennissport in Österreich wieder neu entfacht. Ich gratuliere sehr herzlich zu diesem Riesenerfolg und wünsche Jürgen Melzer auch für die nächsten Turniere alles Gute!“

Sommorgespräch „frauen.netz.werken“

Ein BSO-Sommorgespräch samt Podiumsdiskussion unter dem Titel „frauen.netz.werken“ findet am 9. Juni, ab 19 Uhr, im Haus des Sports statt. Dort werden u. a. Herta Mikesch, Vorsitzende der BSO-Kommission „Frauen im Sport“, Ilse Dippmann, die Initiatorin des Österreichischen Frauenlaufs, und Heidi Vitéz, Sprecherin Frauennetzwerk im OÖ Presseclub, über aktuelle frauenspezifische Fragen diskutieren. Die Moderation wird die ORF-Redakteurin Gabriela Jahn übernehmen.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wird auch die Ehrung zum frauenfreundlichsten Sportverein vorgenommen.